

Berlin aktuell

Die Woche im Bundestag

17. Wahlperiode

Abgeordneten-Büro Berlin:

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Tel.: 030/227/72542 • Fax: 030/227/70132

E-Mail: thomas.strobl@bundestag.de

Internet: www.thomas-strobl.de

Abgeordneten-Büro Heilbronn:

Badstraße 14 • 74072 Heilbronn

Tel.: 07131/9824215 • Fax: 07131/ 9824216

E-Mail: thomas.strobl@wk.bundestag.de

Internet: www.thomas-strobl.de

Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche

Nichts erfüllt mehr, als gebraucht zu werden: Der neue Bundesfreiwilligendienst ist ein großer Erfolg

Am 1. Juli 2011 haben mit der Aussetzung der Wehrpflicht die ersten Bundesfreiwilligen ihren Dienst angetreten. Thomas Strobl, der als Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien die Thematik Jugendfreiwilligendienst betreut, zog nach den ersten sechs Monaten Bilanz. Gemeinsam mit seinem Kollegen aus der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg Markus Grübel, der Vorsitzender des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement ist, sagte Strobl:

„Der Bund stellt mit 300 Millionen Euro so viel Geld wie nie zuvor für freiwilliges Engagement bereit. Insgesamt strebt die christlich-liberale Koalition neben den schon bisher rund 40.000 Jugendfreiwilligen im Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) und im Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ) zusätzlich 35.000 Bundesfreiwilligendienstleistende an. Trotz einiger Bedenken von Verbänden und der Opposition entwickelt sich der neue Dienst sehr gut und ist ein Erfolgsmodell.“

Tatsächlich können sich die Ergebnisse sehen lassen. Der Kindergeldanspruch im Bundesfreiwilligendienst wurde auf Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion so geregelt, dass es nun keine Unterschiede mehr zu den Jugendfreiwilligendiensten

gibt. Eltern, deren Kinder das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und einen Bundesfreiwilligendienst ableisten, können Kindergeld bzw. steuerliche Freibeträge für Kinder erhalten.



Mittlerweile haben sich rund 30.000 Personen für einen Bundesfreiwilligendienst entschieden. Davon über 20 Prozent in der neuen Zielgruppe der über

27-jährigen (Ü 27). Insgesamt ergeben sich damit rund 70.000 Freiwillige in den beiden Formaten. Für dieses Jahr planen die Verbände bereits mit ca. 100.000 Freiwilligen!



Dazu noch einmal Thomas Strobl: „Ziel des neuen Bundesfreiwilligendienstes ist es, zukünftig möglichst vielen Menschen einen Einsatz für die Allgemeinheit und die positive Erfahrung von bürgerschaftlichem Engagement zu ermöglichen. Über die Öffnung des Dienstes für beide Geschlechter und alle Generationen leistet der Bundesfreiwilligendienst einen wichtigen Beitrag zum besseren Zusammenhalt der Gesellschaft. Der Bundesfreiwilligendienst bietet ebenso wie früher der Zivildienst die Gelegenheit, wichtige persönliche und soziale Kompetenzen und Erfahrungen zu sammeln oder zu vertiefen.“

Außerdem, so betonte der direkt gewählte Heilbronner Abgeordnete, gehe er davon aus, dass die Bundesfreiwilligendienstleistenden, ebenso wie die früheren Zivildienstleistenden, den sozialen Einrichtungen, in denen sie ihren Dienst abgeleistet haben, ein Leben lang verbunden bleiben.

Es böten sich viele Einsatzmöglichkeiten für Freiwillige an: Von Tätigkeiten im Bereich Wohlfahrts-, Gesundheits- und Altenpflege, Kultur- und Denkmalpflege, bis zu Integration und Naturschutz und vieles mehr.

Der Bundesfreiwilligendienst bedeute auch ein Stück Neuland, denn: „Zum ersten Mal gibt es in Deutschland keinen Zwangsdienst mehr. Trotzdem bin ich zuversichtlich, dass es genügend Bürgerinnen und Bürger gibt, die sich für diesen Dienst entscheiden und damit den bisherigen Erfolg des Bundesfreiwilligendienstes verstetigen werden.“

Die steigenden Zahlen der Bundesfreiwilligendienstleistenden seien ein ermutigendes Zeichen dafür, so Strobl weiter. Zudem habe die christlich-liberale Koalition für den Dienst gute Rahmenbedingungen geschaffen.

Hintergrund: Die Freiwilligen sind sozialversichert. Das sogenannte „Taschengeld“, also die Aufwandsentschädigung für die Dienstleistenden, kann bis zu 336 Euro monatlich betragen. Arbeitskleidung, Unterkunft und Verpflegung können gestellt oder die Kosten ersetzt werden. Weiterhin sind während eines zwölfmonatigen Bundesfreiwilligendienstes 25 Seminartage verpflichtend, so dass ausreichend pädagogische Begleitung sichergestellt wird. Thomas Strobl und Markus Grübel zeigten sich in ihrer abschließenden Bewertung optimistisch: „Durch die guten Rahmenbedingungen, die wir für den Bundesfreiwilligendienst gesetzt haben, erfüllen wir die große gesellschaftliche Gemeinschaftsaufgabe, mehr Anreize für freiwilliges Engagement zu schaffen.“

Besonders hinweisen möchte Thomas Strobl, dass sich der neue Bundesfreiwilligendienst an alle Altersgruppen richtet. Auch ältere Menschen können ihren reichen Erfahrungsschatz in den Dienst für die Allgemeinheit einbringen und haben dafür Anspruch auf das erwähnte „Taschengeld“.



Nähere Informationen zum Bundesfreiwilligendienst finden Sie unter: www.bundesfreiwilligendienst.de.

WEITERES THEMA DER WOCHE:

- **Jahreswirtschaftsbericht 2012**

Nähere Informationen dazu erhalten Sie auf Wunsch gerne zugesandt. Kontakt unter 030 / 227 72542.

PRESSEMITTEILUNGEN:



CDU-Landesvorsitzender Thomas Strobl:

„Landesregierung will nur den Schwarzen Peter weitergeben“ (17.01.2012)

„Ministerpräsident Kretschmann und Minister Hermann versuchen verzweifelt, den Schwarzen Peter weiterzugeben – an Bundesverkehrsminister Ramsauer und die CDU-geführte Vorgängerregierung. Diese Versuche sind unglaublich und durchsichtig“, erklärt der CDU-Landesvorsitzende Thomas Strobl mit Blick auf aktuelle Äußerungen der Landesregierung zu ihrer Verkehrspolitik:



„Selbst die grünen Strategen in der Landesregierung haben offenbar erkannt, dass ihr genereller Unwille, in die Verkehrsinfrastruktur des Landes zu investieren, bei der Mehrheit der Bevölkerung keine Zustimmung findet. Offensichtlich war der 27. November 2011 nachhaltig wirksam: Bei der Volksabstimmung über das S21-Kündigungsgesetz hat die baden-württembergische Bevölkerung schließlich klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, dass sie auch in der Zukunft ein leistungsfähiges Netz von Verkehrswegen will. Deshalb breiten der grüne Ministerpräsident und sein Verkehrsminister nun ein fadenscheiniges Deckmäntelchen über ihren Unwillen aus, die Infrastruktur des Landes weiter auszubauen.“

Besser wäre es, die Landesregierung würde endlich ihre ideologischen Scheuklappen ablegen. Dann würde sie erkennen: Gerade für ein wirtschaftsstarke Flächenland wie Baden-Württemberg ist eine gut ausgebaute Infrastruktur von entscheidender Bedeutung. Verkehrswege sind schließlich die Lebensadern von Gesellschaft und Wirtschaft. Da hilft es den Grünen in Baden-Württemberg auch nichts, dass ihr Verkehrsminister nach dem Rüffel aus der eigenen Bundestagsfraktion plötzlich ein Lippenbekenntnis für den Ausbau besonders stark belasteter Autobahnen wie der A6 ablegt. Das einzig Irrationale ist der Blick durch die Ideologie-Brille, die den Blick auf das Machbare verengt.“

Thomas Strobl im Vorfeld der traditionellen Klausurtagung in Kloster Schöntal:

„CDU kämpft gegen grün-rotes Mittelmaß“ (19.01.2012)

„2012 wird die CDU wieder voll da sein“, sagt der CDU-Landesvorsitzende Thomas Strobl mit Blick auf die traditionelle Klausurtagung im Kloster Schöntal (Hohenlohekreis): „Schon Ende letzten Jahres haben wir mit der erfolgreichen Kampagne zur S21-Volksabstimmung gezeigt, wie kraftvoll die Südwest-CDU ist. Diesen Weg gehen wir in der Landes-CDU entschlossen und geschlossen weiter.“ Den Grundstein dafür legt die baden-württembergische CDU im Kloster Schöntal bei ihrer zweitägigen Vorsitzenden- und Mandatsträgerkonferenz zum Jahresauftakt, die am morgigen Freitag beginnt. Neben der Europapolitik ist dort die landespolitische Agenda 2012 das bestimmende Thema.

„Vor allem bei den Themen Verkehr und Bildung ist Grün-Rot auf dem besten Wege, die Erfolge Baden-Württembergs kaputt zu machen“, so Thomas Strobl: „Grün-Rot gefährdet die wirtschaftliche Stärke und den Erfolg unseres Landes nachhaltig. Grün-Rot regiert Baden-Württemberg ins Mittelmaß, nach unten. Anders ist nicht denkbar, dass Verkehrsverhinderungsminister Hermann öffentlich verkündet, in den nächsten Jahren überhaupt keine neuen Straßen bauen zu wollen. Anders ist auch nicht zu erklären, dass mit der sogenannten ‚Gemeinschaftsschule‘ gefährliche Schulstrukturexperimente gemacht werden.“

Neben diesen Themenbereichen werden auch die Haushalts- sowie die Energiepolitik eine Rolle in Schöntal spielen, so Strobl: „Wir werden in Schöntal gemeinsam mit dem Landesvorstand, den Abgeordneten aus Europa, Bund und Land sowie den Kreisvorsitzenden und Kreisgeschäftsführern unsere Agenda bestimmen – die entscheidenden Themen, bei denen wir Grün-Rot stellen, antreiben

und bei denen wir unsere eigenen Entwürfe vorlegen.“



Wie im vergangenen Jahr – als mit Klaus Regling der Chef des Europäischen Rettungsschirms zu Gast war – beschäftigt sich die Südwest-CDU auch in diesem Jahr in Schöntal mit der Europapolitik. Dazu eingeladen ist der Botschafter der Republik Polen, Dr. Marek Prawda, der über „Deutschland und Polen in Europa“ spricht und den Funktions- und Mandatsträgern der Südwest-CDU als Gesprächspartner zur Verfügung steht. „Europa ist mehr als die Frage nach ökonomischen Gesichtspunkten. Gerade für uns Christdemokraten, für die CDU als Europa-Partei ist Europa in erster Linie eine Wertegemeinschaft, der wir mehr als sechs Jahrzehnte Sicherheit und Stabilität in unserem Land verdanken“, so Thomas Strobl.



v.i.S.d.P.:

Dr. Volker M. Schütterle
Büroleiter und wissenschaftlicher Mitarbeiter
Abgeordnetenbüro Thomas Strobl MdB

- Vorsitzender des Ersten Ausschusses
- Vorsitzender der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg
- Vorsitzender des Vermittlungsausschusses
- Vorsitzender der CDU Baden-Württemberg

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 / 227-72542
Fax 030 / 227-70132